

Die Qual der Wahl

Von Lothar Adolf, Stellvertretender Landesvorsitzender

Nach der Wahl ist vor der Wahl – so abgedroschen diese Redewendung ist, so zutreffend ist sie auch. Denn Wahlen sind ständig und überall. In diesem Jahr wurden die Länderparlamente in Hessen, Thüringen, Sachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und Brandenburg gewählt und so ganz nebenbei waren ja auch noch Bundestagswahlen. Von den Kommunalwahlen ganz zu schweigen.

Nächstes Jahr sind Wahlen in Nordrhein-Westfalen und 2011 wählen wir, gemeinsam mit fünf anderen Bundesländern. Fazit, Wahlen sind omni präsent, ständig in den Medien und immer ist irgendwo Wahlkampf. Bleibt faktisch eigentlich keine Zeit, ordentlich zu regieren, denn immer gilt es irgendwo auf irgendjemanden Rücksicht zu nehmen. Und wie schnell Wahlergebnisse, besser gesagt Wahlschlappen aus anderen Bundesländern unsere Landespolitik beeinflussen, hat das Thema Lebensarbeitszeit gezeigt.

Inzwischen sind die Bundestagswahlen 2009, mit einem Wahlkampf der keiner war, Geschichte, die Wunden gelect, die neue Regierung hat sich auch schon konstituiert – Business as usual. Allerdings liegen vier wirklich spannende Jahre vor uns und keiner der in Verantwortung steht, ist wirklich zu beneiden.

Und nächstes Jahr wird auch bei der Polizei in Baden-Württemberg gewählt, und zwar die Personalvertretungen.

Das erste Ziel der GdP Baden-Württemberg ist eine möglichst hohe Wahlbeteiligung. Bei der Personalratsarbeit geht es nicht um abstrakte politische Entscheidungen, sondern darum, wer die ureigensten Interessen von uns allen in den nächsten vier Jahren wahrnimmt. Es geht um das persönliche Weiterkommen, es geht aber auch um grundlegende Themen, die die kommenden vier Jahre anstehen. Als „alter Hase“ in diesem Geschäft behaupte ich sogar, dass die nächsten vier Jahre mit die entscheidendsten und vermutlich auch mit die schwersten Jahre in unserer Polizei sein werden.

Der politisch beschlossene Stellenabbau im Polizeivollzugsdienst ist gerade mal im ersten Jahr – mindestens drei wei-



tere noch magere Jahre werden folgen. Im Tarifbereich ist der beschlossene Abbau zwar bereits vollzogen, soll heißen, das Ziel erreicht, aber durch Stellenbesetzungssperren ist eine mögliche und dringend erforderliche Entspannung somit um ein weiteres Jahr hinausgezogen.

Die Situation, die wir im Tarifbereich bereits erreicht haben, wir stehen hier nämlich nicht mehr mit dem Rücken zur Wand sondern mancherorts bereits hinter dieser Wand, steht uns im Vollzugsbereich noch bevor. Allerdings mit etwas anderen Vorzeichen. Während Arbeiten, die eigentlich und originär dem Tarifbereich zugeschrieben sind, wie z. B. Schreib- und Büroarbeiten, Hausmeistertätigkeiten und Fahrzeugpflege völlig sinnwidrig von ausgebildeten Polizisten/-innen erledigt werden müssen, steht hinter dem Polizeivollzugsdienst eigentlich niemand mehr.

Im Augenblick wird noch alles möglich gemacht und die desolante Personalsituation und -struktur ist beim Bürger noch gar nicht angekommen. Schichtdienste, die zum Teil nur noch aus knapp der Hälfte ihrer eigentlichen Sollstärke bestehen, werden durch alle möglichen Schichtmodelle krampfhaft am Leben erhalten, lang geplante Urlaube werden verschoben oder zusammengestrichen oder Kollegen/-innen fast täglich zum Dienst verpflichtet, um so die entstandenen „Lücken zu füllen“.

Nicht anders sieht es in den Ermittlungsdiensten aus, die neben ihrer eigentlichen Arbeit zusätzlich in den Streifen diensten und bei Einsätzen aushelfen müssen. In den Dezernaten, den Stäben, bei der Verwaltung und den Sonderdienststellen wird die Arbeit gestrafft, Aufgaben gebündelt und Personal ebenfalls bis zur Schmerzgrenze (und darüber hinaus) reduziert.

Und über die ständig höher werdende Einsatzfrequenz bei der Bereitschaftspolizei, die zudem eine deutlich erhöhte Ausbildungsbelastung und gleichzeitig mehr Unterstützungseinsätze für den Einzeldienst zu bewältigen hat, wurde ja bereits ausführlich berichtet.

Bleibt aber immer noch die alles entscheidende Frage: wie lange hält das die/der Einzelne, wie lange hält das eine ganze Organisation aus. Wer sagt, wenn es genug ist und wer sagt, wo nachgelassen werden kann, das heißt, welche Aufgaben zurückgestellt werden können. Vor kurzem hörte ich einen Dienststellenleiter sagen, er könne locker noch weitere 150 Polizisten/-innen beschäftigen, aber so bleiben halt dringend erforderliche Arbeiten und polizeiliche Aufgaben im Bereich Prävention und Integration liegen. Und wenn dann auch noch die Konzeptionskräfte der Bereitschaftspolizei ausbleiben, werden halt weitere Aufgaben zurückgefahren.

Die Polizei wird sich mittelfristig nur noch um ihre Kernaufgaben kümmern können (wobei mir bisher keiner detailliert sagen konnte, welche diese sind) – aber das ist so politisch gewollt. Ein Abbau von über 1000 Vollzugsstellen alleine in Baden-Württemberg und über 10 000 Stellen bundesweit kann nicht spurlos vorübergehen. Und, soviel sei vorweg genommen: es wird auch nicht mehr besser – es sei denn, es gibt eine politische Kehrtwendung.

Im Gegensatz zu allen politischen Lippenbekenntnissen werden die jetzigen Einstellungen in der Praxis gerade mal

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

ausreichen, die nach dem Stellenabbau entstehenden Lücken zu schließen. Sie werden zu einer Verjüngung, aber nicht zu einer Vermehrung führen – auch wenn ständig was anderes behauptet wird. Und diese Entscheidungen wurden zu einem Zeitpunkt getroffen, wo wir von einer weltweiten Wirtschaftskrise noch weit entfernt waren.

Irgendwann in naher Zukunft wird es auch unsere „Kundschaft“, sprich der Bürger spüren. Zwar können wir dann locker sagen, es ist politisch so gewollt, aber ausbaden und aushalten müssen es unsere Kollegen/-innen vor Ort.

Zu allem Überfluss stehen in den nächsten Jahren Haushaltsrestriktionen an, die wir uns jetzt noch gar nicht vorstellen können. Die Wirtschaftskrise wird zwar mit einiger Verzögerung auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen, aber dafür umso heftiger. Änderungen oder gar zeitweise Verbesserungen sind nur in Wahljahren zu erwarten – aber auch hier wird uns die Realität schnell wieder einholen.

Darüber hinaus geht die Dienstrechtsreform mit dem Schwerpunktthema Lebensarbeitszeit in die Zielgerade. Zwar wird derzeit eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit propagiert, aber, anstatt entsprechend den Europäischen Vorgaben altersgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie z. B. Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, will man die Mitarbeiter/-innen mit zusätzlichem Geld, man spricht von 6 bis 8%, ködern. Zwar wird dadurch die Belastung der zusätzlichen Arbeitsleistung erträglicher, aber gesünder werden dadurch weder die Kolleginnen und Kollegen noch der Schichtdienst oder andere belastende Tätigkeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die neue Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung sein. Flexibilisierung ist angesagt. Aber auch hier muss allen Beteiligten klar sein, dass Flexibilisierung kein Personalbeschaffungs- oder gar -vermehrungsprogramm ist. Es bringt nichts anderes, als der Name sagt: flexibleres Arbeiten. Und auch das macht nur Sinn, wenn dadurch, wie in den Europäischen Richtlinien gefordert, die Gesundheitsvorsorge und eine verbesserte Vereinbarkeit von Arbeit (sprich Dienst) und Freizeit (sprich Familie) erreicht werden können. Wenn ausschließlich die dienstlichen Interessen und die Forderung nach lageorientierte Einsatzzeiten dominieren, ist das Projekt zum Scheitern verurteilt.

Und über allem schweben noch immer oder immer wieder die Neuen Steuerungsinstrumente. NSI haben die polizeiliche Führungsarbeit revolutioniert. Sie sind mit Sicherheit ein geeignetes Mittel zur Steuerung, vielleicht sogar das Steuerungshilfsmittel schlechthin – nicht mehr und auch nicht weniger. Aber leider haben das noch nicht alle Verantwortlichen verinnerlicht. Es gibt noch immer viel zu viele, die nicht das Instrument beherrschen, sondern sich von Zahlen und roten, gelben und grünen Ampeln beherrschen lassen. Und nichts Schlimmeres als wenn aus einem Hilfsmittel ein beherrschendes Element wird. Für uns, die GdP ist das ein wichtiges Betätigungsfeld, denn für uns steht der Mensch wirklich noch im Mittelpunkt. Allen Verantwortlichen muss klar sein: Zahlen können nur von Menschen produziert werden – von alleine entstehen sie nicht. Daher lautet unser Ansatzpunkt: Menschen statt Zahlen. Wenn zufriedene, motivierte Menschen an die Arbeit gehen, stimmen auch die Zahlen, egal ob in der Produktion oder im Bereich der Dienstleistung. Und nur unter diesem Gesichtspunkt machen

die neuen Steuerungsinstrumente Sinn. Und hier schließt sich auch der Kreis zum Thema Wahlen. Die Personalratswahlen 2010 stehen an. Heute in sechs Monaten sind sie schon vorbei, und die neuen Gremien konstituieren sich bereits.

Wir wollen starke Personalratsgremien mit starken GdP-Personalräten. Ziel ist ein optimales Ergebnis für die GdP und dafür wollen wir einen ehrlichen und authentischen Wahlkampf bestreiten. Die zukünftigen Herausforderungen brauchen starke Personalräte, und hinter starken Personalräten muss auch eine starke Gewerkschaft stehen. Unser Ziel sind starke Personalräte auf allen Ebenen, sprich in allen Stufen – und hierfür stellen sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl.

Viele Zuständigkeiten sind inzwischen auf die Kreisdienststellen delegiert, was die Arbeit für die örtlichen Personalräte sicherlich nicht leichter macht. Hier sind kritische Kolleginnen und Kollegen Deines/Ihres Vertrauens gefragt. Konstruktiv kritische Personalratsarbeit kann vor Ort mehr denn je nur mit einem starken Partner im Rücken geleistet werden.

Aber auch in der Stufe, dem Bezirkspersonalrat, werden weiterhin wichtige Entscheidungen getroffen. Zwar sind inzwischen wirklich viele Zuständigkeiten delegiert, aber die ehemaligen Landespolizeidirektionen sind nach wie vor personalverwaltende Stellen. Dies bedeutet, dass grundsätzliche Personalentscheidungen immer noch dort behandelt und getroffen werden. Die richtige Besetzung dieser Gremien, vor allem aus Wählersicht, ist nach wie vor nicht zu unterschätzen.

Und schließlich im Hauptpersonalrat beim Innenministerium. Hier werden die (polizei-)politischen Weichen gestellt und die eigentliche Zukunft der Polizei des Landes entscheidend beeinflusst. Wichtig ist, dass dort, trotz „großer Politik“ die Basismeinung nicht zu kurz kommt. Von der Zusammensetzung dieses Gremiums hängt letzten Endes die Richtung der kommenden Jahre ab. Für den Wähler ist wichtig, dass seine Interessen, seine Gruppe, seine Laufbahn vertreten wird.

Darum unser Appell an alle Kolleginnen und Kollegen von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nur starke Personalräte können gute Personalräte sein. Darum wähle jetzt „Deine starke Mannschaft“. Darauf werden wir Sie/Dich in den kommenden Monaten vorbereiten.

Der Wahlkampf hat (wieder einmal) begonnen.

LAd

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:
Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 77) 4 87 17 10
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



BEREITSCHAFTSPOLIZEI**Was ist los in der Bepo – Bei der Bereitschaftspolizei –
Ausbildung mit hohem Standard**

Gerne gibt die Bereitschaftspolizei die gewünschten Antworten auf die Fragen der Jungen Gruppe zur Ausbildung unseres Nachwuchses im Beitrag der Ausgabe 10-2009 der „Deutschen Polizei“.

Insgesamt 37 Auszubildende erreichten das Ausbildungsziel im Grundkurs des Einstellungstermins Herbst 2008 nicht. Davon lagen bei vier Auszubildenden gesundheitliche Gründe vor. 24 Wiederholer stiegen zum 1. September wieder in den neuen Grundkurs ein. Tatsächlich erscheint die Gesamtzahl auf den ersten Blick hoch. Nach der umgehenden Analyse der Ursachen relativiert sich jedoch das „Problem“ der „Durchfaller“. Der prozentuale Anteil der Auszubildenden des Einstellungstermins Herbst 2008, die das Ausbildungsziel nicht erreicht haben, liegt bei ca. 8,6%, ohne die vier Auszubildenden, die das Ausbildungsziel aus gesundheitlichen Gründen nicht erreichten. Sie waren daher nicht Gegenstand der Untersuchung. Der vorliegende Wert ist in der Relation zu der Stärke des Einstellungsjahrganges kein auffälliger Wert. Die 33 betroffenen Auszubildenden verteilen sich im Wesentlichen auf die prüfungsrelevanten Inhalte der Bereiche Deutsch, Sport und der sogenannten praktisch-mündlichen Leistungskontrolle – kurz: im Bereich SHT. Hier ergeben sich im Vergleich zu den Vorjahren keine nennenswerten Abweichungen. Die Werte liegen insgesamt prozentual sogar niedriger als bei den vergleichbaren Einstellungsterminen Herbst 2003 und Herbst 2007. In den Jahren 2004 bis 2006 mit sehr niedrigen Einstellungszahlen war die Polizei Baden-Württemberg in der komfortablen Situation, nur die allerbesten Bewerberinnen und Bewerber einzustellen. Hier waren die Durchfallquoten aus nachvollziehbaren Gründen niedriger. Die Vermittlung der Unterrichtsinhalte sowie die Prüfungsvorbereitung und -durchführung orientieren sich an den Maßstäben der Erwachsenenbildung. Die Vorgaben hierfür sind für alle Ausbildungsstandorte gleich. Sie sind dezidiert in den Ausbildungsverordnungen geregelt. Bei Erkennen von Leistungsschwächen und Defiziten bei einzelnen Auszubildenden wer-

den Leistungsauflagen erteilt, deren Erfüllung eine Zielvorgabe vor einer Prüfung darstellt. Die Erreichung dieser Vorgaben erfordert von den Auszubildenden selbstverständlich Ehrgeiz und Eigeninitiative.

Im Einzelnen ist es tatsächlich möglich, dass zum Beispiel Übungsdiktate, die keinen Klassenarbeitscharakter haben, im Rahmen der Selbstkontrolle ausgewertet werden. Das Erkennen der eigenen Defizite erzeugt einen zusätzlichen Lerneffekt. Der Fremdwörtertest wurde erst zum Einstellungstermin F09 eingeführt, er ist hier also nicht relevant. Die Bewertung durch das Prüfungspersonal orientiert sich an detailliert beschriebenen Vorgaben. Somit reduziert sich eine angenommene Chancengleichheit bei der Bewertung einer Prüfung darauf, dass eine Voreingenommenheit positiv oder negativ unterstellt werden könnte, nur aufgrund der Tatsache, ob es sich um Prüfungspersonal handelt, das den Auszubildenden bekannt oder unbekannt ist. Eine Bewertung von Inhalten einer praktischen Prüfung obliegt der persönlichen Einstufung des Prüfungspersonals. Durch die engen Vorgaben und festgelegten Inhalte, die im Einzelfall auch Kleinigkeiten beinhalten oder kleinlich erscheinen mögen, wird der Spielraum für unterschiedliche Bewertungen minimiert und für die Auszubildenden ein verlässlicher roter Faden für den Ablauf der Prüfung geschaffen. Drei Monate wurden die angesprochenen Beamtinnen und Beamten in Ausbildung bis zum Wiedereinstieg in den neuen Grundkurs von ihren jeweiligen Ausbildungsdienststellen im Rahmen ihrer eigenen Notwendigkeiten und Möglichkeiten verwendet. Da an den Standorten schon aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Klassen auch die Anzahl der Wiederholer verschieden war, konnte keine gänzlich einheitliche Verwendung an allen Standorten angeboten werden, zumal alle die Möglichkeit bekamen, an ihrem Ausbildungsort zu bleiben, soweit das ihrem Wunsch entsprach. Zu berücksichtigen ist, dass die Wiederholer in diesen drei Monaten ihre vollen Ausbildungsbezüge erhielten. In enger Abstimmung mit der Personalvertretung wurde vereinbart, dass ihnen ein Tag wöchentlich zur Teilnahme an den Unterrichtseinheiten gewährt wurde, in

denen es galt, Defizite auszugleichen. Somit kam man den Wiederholern im Sinne einer guten Chance für den Ausbildungserfolg entgegen. Sie waren in ihrer 41-stündigen Wochenarbeitszeit nicht schlechter gestellt als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung, denen für Unterricht und die Vor- und Nachbereitung die gleiche Zeit angerechnet wird. Die Einstellungsvoraussetzungen wurden im Rahmen der Einführung des Einstellungskorridors mit jährlich 800 Einstellungen nicht abgesenkt, obwohl die Erfüllung dieser Zahl jedes Jahr aufs Neue eine große Herausforderung bedeutet. Lediglich eine Anpassung in Bezug auf die Schulnoten fand statt. Diese wurde erst zum Einstellungstermin Frühjahr 2009 wirksam. Hier wurden wieder die Werte aus dem Jahr 2003 angesetzt, nachdem man in den Folgejahren mit sehr niedrigen Einstellungszahlen eine Verschärfung der Notenschnitte vorgenommen hatte, um das Bewerbervolumen zu verringern. Der Lehrplan für die Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst blieb seit langer Zeit in den inhaltlichen Grundzügen unverändert, was nicht heißt, dass er nicht fortwährend auf seine Aktualität und mögliche Verbesserungen überprüft wird. Auch die methodischen und pädagogischen Ansätze bedurften seit langem keiner wesentlichen Korrekturen. Sie entsprechen aktuellen und modernen Standards der Erwachsenenbildung. Erforderliche Anpassungen und Weiterentwicklungen sowohl für die Einstellungsvoraussetzungen als auch für die Ausbildungserfolge im Einzelfall unter gesamtpolizeilicher Sicht aufgrund aktueller Gegebenheiten und Veränderungen. Hier besteht ein enger Schulterschluss mit den Personalvertretungen, sodass die Interessen und Bedürfnisse unserer Auszubildenden, aber auch des Lehrpersonals, weitgehend berücksichtigt werden.

Die künftige Verfahrensweise für Auszubildende, die das Ausbildungsziel nicht erreichen, wird aktuell durch das Bereitschaftspolizeipräsidium überarbeitet. Hier wird es zu pragmatischen, organisatorisch und pädagogisch geprüften Veränderungen kommen.

**Herzliche Grüße,
Ihre Bereitschaftspolizei**



Gewerkschaftsbeirat tagt in Böblingen



Das Plenum im „Säulensaal“ der Bereitschaftspolizeidirektion Böblingen

Der Gewerkschaftsbeirat, das höchste Gremium zwischen den Delegiertentagen, tagte am 6. Oktober im Säulensaal der 5. Bereitschaftspolizeidirektion in Böblingen.

Eckpunkte der Landesregierung

Die Landesregierung hatte sogenannte Eckpunkte zur Dienstrechtsreform be-

schlossen, mit dem Ziel, auch bei Beamtinnen und Beamten die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Damit soll, wie kann es auch anders sein, Geld eingespart werden.

(Wir haben die Eckpunkte in der September Ausgabe bereits aufgeführt)

Für Polizeibeamtinnen und -beamte soll die Sonderaltersgrenze von fünf Jahren weiterhin Gültigkeit haben.

Zur geplanten Dienstrechtsreform beauftragte der Gewerkschaftsbeirat den geschäftsführenden Landesvorstand der GdP an den weiteren Gesprächen und Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Landesregierung zur Neuregelung des Dienstrechts der Beamtinnen und Beamten unter Beachtung bestimmter Grundsätze, die im einzelnen beschlossen wurden, teilzunehmen. Vereinbarungen mit der Landesregierung, die den vorgenannten Grundsätzen zuwiderlaufen, sollen nicht abgeschlossen werden.

Personalratswahlen

Ein weiteres Thema der Beiratssitzung waren die im April nächsten Jahres anstehenden Personalratswahlen. Gemein-



sam wurden die Listen für den Hauptpersonalrat beschlossen.

Am Nachmittag trafen sich die Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsbezirken, um sich über die Verfahrensweise und die Listen der Regierungsbezirke zu unterhalten. **WKi**

Wichtiges aus der Redaktion

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen. Bitte alle Artikel, die in der GdP digit@l oder in der Deutschen Polizei, Landesjournal veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht ihr uns auch unter der GdP-Phone-Nummer 0 15 77/4 87 17 10.

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im Dezember ist Montag, der 9. November 2009 und für die Januarausgabe Montag, der 7. Dezember 2009.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. **WKi**



Beschluss des Gewerkschaftsbeirats

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg nimmt die bisher bekannten Eckpunkte zur Dienstrechtsreform der Landesregierung zur Kenntnis und stellt dabei Folgendes fest:

Die Gründe für die bis jetzt geltende Sonderaltersgrenze für die Polizeibeamtinnen und -beamten haben nach wie vor Gültigkeit bzw. treffen mehr denn je zu. Deshalb lehnt die GdP eine Anhebung ab. Sollte sie nicht verhindert werden können, dann kann sie nur greifen, wenn die Polizistinnen und Polizisten in besonders belastenden Diensten (z. B. Wechselschichtdienst) ab einer noch zu definierenden Altersgrenze eine deutliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit erfahren.

Diese reduzierte Wochenarbeitszeit muss auch für die Polizistinnen und Polizisten gelten, die sich für eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit entscheiden. Dadurch werden längere Regenerations-Phasen möglich, die erforderlich sind, den Dienst auch über die 60-Jahres-Grenze hinaus zu leisten.

Die Einführung der 45-Jahres-Grenze analog des Rentenrechts für langjährige Versicherte stellt gerade für Polizeibeamtinnen und -beamten eine nicht erreichbare Hürde dar. Hier muss eine Sonderregelung für Polizistinnen und Polizisten gefunden werden, dass diese nach Erreichen der Höchstversorgungsgrenze von 71,75% mit 40 Dienstjahren und der dann geltenden Altersgrenze für Polizistinnen und Polizisten liegen muss. Sollte dem nicht Rechnung getragen wer-

den, würde dies ein Sonderopfer für die Polizei darstellen. Dies lehnt die GdP eindeutig ab.

Die Übernahme der Tabelle zur stufenweisen Anhebung der Pensionsgrenze analog des DNeuG des Bundes, stellt unserer Ansicht nach ebenfalls ein Sonderopfer für die Polizei dar, weil es sich bei den 18 Stufen der Anhebung bei den Vollzugsbeamten um keine reinen Jahresschritte handelt. Dieses Sonderopfer lehnt die GdP ebenfalls ab.

Im Rahmen der weiteren Entwicklung der DRR wird u. a. eine Erschwerniszulagenverordnung erforderlich sein, die nach Ansicht der GdP eindeutige Neuregelungen bzw. Nachbesserungen enthalten muss:

- Aufhebung der Halbierung der Wechselschichtdienstzulage
- DuZ muss deutlich erhöht werden,
- DuZ muss durchweg steuerfrei ausbezahlt werden und bei den Gehalts- und Lohnerhöhungen mit einbezogen werden,
- die Zulagen für unsere Spezialeinheiten wie SEK und MEK müssen kräftig erhöht werden, denn es gibt keinen Grund, warum Beamte der GSG 9 eine höhere Zulage erhalten, wie die unseres SEK's und unserer MEK's,
- für die BFEen muss eine eigene Erschwerniszulage geschaffen werden und
- die Anforderungen für die Schichtzulage müssen so formuliert werden, dass sie auch Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei gewährt werden kann, denn deren Dienst ist mindestens genauso schwer, wie der des Schichtdienstes.

Die GdP fordert für belastende Dienste zumindest ein kleines Stück an Regenerationsmöglichkeit zu bieten. Stichwort „Gesundheitsschutz – Gesundheitsfürsorge“. Die Gesundheit ist das höchste Gut, auch das eines Polizeibeamten. Deshalb sollte alles daran gesetzt werden, dass diese erhalten werden kann. Die GdP fordert im Rahmen der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge eine Erhöhung des Zusatzurlaubes, bei dem auch die tarifvertraglichen Regelungen greifen.

Damit würde für die betroffenen Beschäftigten die gesundheitlich notwendigen Regenerationsphasen variabler gestaltet werden können.

Die GdP fordert die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, analog Bayerns. Durch das Streichen der Ruhegehaltsfähigkeit werden die Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes Baden-Württemberg um einen traditionell und rechtlich begründeten ruhegehaltsfähigen Gehaltsbestandteil betrogen. Hier kann gute Leistung durch die Landesregierung honoriert werden.

Der GdP-Beirat beauftragt den geschäftsführenden Landesvorstand der GdP BW an den weiteren Gesprächen und Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Landesregierung zur Neuregelung des Dienstrechts der Beamtinnen und Beamten unter Beachtung der vorgenannten Grundsätze teilzunehmen. Vereinbarungen mit der Landesregierung, die den vorgenannten Grundsätzen zuwider laufen, sollen nicht abgeschlossen werden.

Polizeibälle im November

Villingen-Schwenningen
Neue Tonhalle, 7. November 2009,
Motto: Las Vegas

Schwäbisch Gmünd
CongressCentrum Stadtgarten,
7. November 2009,
Motto: Asien

Landesball Ludwigsburg
Forum am Schlosspark,
14. November 2009,
Motto: Cirque de Police

Pforzheim
CongressCentrum, 21. November
2009, Motto: Afrika



Verbringen Sie doch einmal die Festtage in einem schönen Hotel oder machen Sie eine Kreuzfahrt in wärmeren Gefilden



Kanaren 19.12. – 26.12.2009 mit der AIDAluna

... zu den Inseln des ewigen Frühlings. Genießen Sie die exotische Blütenpracht Madeiras. Lassen Sie den Blick über die faszinierenden Vulkanlandschaften La Palmas oder Lanzarotes schweifen oder entspannen Sie ganz einfach an den Traumstränden Fuerteventuras. Jede Insel wird Sie auf eine ganz eigene Art verzaubern.

**Preis p.P. Innenkabine ab 659 €
Außenkabine ab 879 €**



Sharm El Sheikh

Sharks Bay

****** Hotel Savita Resort & Spa**

Anreise am 1.1.2010 Nürnberg oder
7.1.2010 Stuttgart,

1 Woche Flug AI p.P. ab 459 €

2 Wochen ab 690 €

Kinderfestpreis 2-14 J. € 229 (Woche)



Bali die Götterinsel

***** Champlung Mas, Kuta**

mit tropischer Gartenanlage,

Bali lockt mit Traumhotels zu unschlagbar günstigen Preisen! Auch die Nebenkosten im Land sind günstig wie nie. Erholen Sie sich im Komfort und entlasten Sie den Geldbeutel.

Täglich nach Bali mit immer aktuellen Angeboten und Zusatzhotels. Hier kann nur ein Angebot einer typischen balinesischen Anlage dargestellt werden.

1 Woche Flug /DZ/FR p.P. ab 689 €



Malediven

****** Fihalhohi Island Resort,**

ca. 28 km von Male, am Außenriff im Südwesten des Süd-Male-Atolls. Transfer mit dem Schnellboot. Üppig-grüne Insel, tropische Vegetation. 55 Tauchgebiete (Steilwände, Höhlen, Kanäle, Wracks sowie Strömungstauchen).

Gut ausgerüstete Tauchschule bietet Unterwasserkameras und Tauchcomputer. Insel bestens für Schnorchelkurse geeignet. Hausriff 20-100 m entfernt.

Flugreise pro Person ab 1209 €



7 Tage Nilkreuzfahrt (VP) + 7 Tage Hotel Beach Albatros Garden

MSC POESIA, ab/bis Venedig, östliches Mittelmeer Griechenland und Kroatien.

Reisezeit 22.12. – 31.12.2009

AI, p.P. mit Flug ab 849 €

7 Tage Nilkreuzfahrt, 1 Tag Kairo,

6 Tage baden Rotes Meer

mit Flug ab 999 €



Sri Lanka

Preislich ist Sri Lanka zur Zeit nicht zu schlagen! Vergleichen Sie selbst.

****** Kani Lanka Resort & Spa,**

Kalutara, traumhafte Lage.

Unmittelbar am langen, breiten Sandstrand, auf einer Landzunge im Indischen Ozean.

1 Woche Flug, DZ/HP p.P. ab 729 €

Weitere Hotels in Sri Lanka a. Anfrage

**Nicht
vergessen!!!!**

**5 % bei Reisebuchung bei
PSW-Reisen, dem
Kooperationspartner
der GdP.**

**Dies gilt auch auf die hier
aufgeführten Reisen.**

Thailand /Phuket

****** Centara Villas Phuket, Karon**

Westküste von Phuket, oberhalb der Karon-Bucht. Ins Zentrum Patong und Karon ca. 10 Fahrminuten. 3x täglich Shuttlebus (gegen Gebühr).

7 Nächte Flug DZ/FR p.P. ab 859 €

Weitere Hotels Thailand auf Anfrage

Miami / Florida

***** Newport Beachside Hotel, Miami**

Der Flughafen ist ca. 26 km entfernt. Das Resort liegt in Sunny Isles, an der Collins Ave., 167. Strasse, an einem sehr schönen Strandabschnitt. Die Aventura Mall ist ca. 3 km entfernt.

**7 Nächte, Flug, DZ / Frühstück
p.P. ab 1009 €**



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!



PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 . 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de . info@psw-gbr.de

„Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben“

Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg trifft seine regionalen Strukturen. Aus den bisher elf DGB-Regionen im Land werden vier DGB-Großregionen gebildet.

In vier Regionalkonferenzen werden in diesem Herbst die Weichen für die Reform gestellt. Den Auftakt machte auf einer Regionaldelegiertenkonferenz am Samstag, dem 10. 10. 2009, in der Stuttgarter Liederhalle, die aus den bisherigen DGB-Regionen Stuttgart, Heilbronn-Franken und Ostwürttemberg gebildete neue DGB-Region Nordwürttemberg. Sie wird mit 335 000 Mitgliedern die größte DGB-Region in Deutschland sein.

Die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Marion v. Wartenberg appellierte an die Delegierten, die Reform mit Leben zu erfüllen: „Vor uns liegt die schwierige Aufgabe, der neuen DGB-Region ein Gesicht in der Fläche zu geben – das wird eine der zentralen Aufgaben der nahen Zukunft sein. Und es ist unser großes und anspruchsvolles Ziel, mit dieser Reform den DGB neu aufzustellen und ihn

damit schlagkräftiger zu machen.“ Sie endete mit den Worten „Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben“.

Als Vorsitzender der neu gebildeten DGB-Region Nordwürttemberg wurde der bisherige Vorsitzende der DGB-Region Heilbronn-Franken, Bernhard Löffler (52) mit 97,3 Prozent der Stimmen gewählt. 70 von 72 Delegierten der DGB-Regionskonferenz stimmten für ihn.

WKi



Die GdP-Delegierten Walter Burkart und Wolfgang Kircher

Auf der Wasenwache

Das „164. Cannstatter Volksfest“, das zweitgrößte Volksfest in Europa, auf dem Cannstatter Wasen sorgte, wie jedes Jahr, für einen Großeinsatz der Polizei.



Zweckmäßige Einrichtung im sogenannten Wartenraum der Wasenwache auf dem Cannstatter Wasen.

Der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner, der Landeskassier Rolf Kircher und der Landesschriftleiter Wolfgang Kircher nutzten die Gelegenheit, um sich vor Ort zu informieren. Empfangen wurde die GdP-Delegation vom ständigen Vertreter des Polizeipräsidenten, LtD.

KD Walz und dem Leiter Fest, PD Stolz, in den Räumen des PP Stuttgart zu einem Informationsaustausch. Auch Polizeipräsident Stumpf lies es sich nicht nehmen, kurz mit den Gästen zu sprechen. An der Wasenwache auf dem Cannstatter Wasen wurden wir vom dortigen Leiter, EPHK Reinhard, in Empfang genommen und durch die Räumlichkeiten geführt. Die Räumlichkeiten für den Publikumsverkehr sind äußerst zweckmäßig eingerichtet. „Das was so mancher bei uns hinterlässt muss ja möglichst schnell wieder beseitigt werden“, so Bruno Reinhard. Und nicht jeder ist friedlich und will nur seinen Alkoholrausch ausschlafen. In den Spitzenzeiten an den Wochenenden sind über 150 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. Die Mannschaft setzt sich zusammen aus dem sog. Stamm, alles Kolleginnen und Kollegen, die sich schon seit mehreren Jahren am Cannstatter Volksfest auf der Wasenwache zum Dienst einfinden und Kräften der Bereitschaftspolizei.

WKi

Jahreshauptversammlungen u. a.

Villingen Schwenningen

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Villingen Schwenningen findet am Donnerstag, dem 26. 11. 2009, ab 19 Uhr in der Gaststätte des PSV VS – Villingen, Vor Haslen 7, statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Als Referent hat der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner bereits sein Kommen angesagt.

Heilbronn

Der Senioren-Stammtisch der KG Heilbronn muss auf Dienstag, den 17. November 2009, 14.30 Uhr, in die Gaststätte „Jägerhaus“ in Heilbronn verlegt werden

WKi

DIE GdP GRATULIERT HERZLICH

zur Beförderung zum/zur

POLIZEIHAUPTKOMMISSARIN A 11

Freiburg PD: Sabrina Krenzler

POLIZEIOBERKOMMISSAR

Pforzheim: Ulf Labe. Ravensburg PD: Raphael Fiedler

POLIZEIHAUPTMEISTER +Z

Ortenaukreis: Berthold Pfeifer

POLIZEIHAUPTMEISTER

Rottweil: Bernd Rehfuss

ES TRATEN IN DEN RUHESTAND:

Biberach PD: Manfred Möller. Ludwigsburg: Kurt Mailänder, Ludwig Sauer. Landeskriminalamt: Norbert Jacobi. Pforzheim: Rolf Büchle. Stuttgart PP: Siegfried Rönspieß.

Wir bitten um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Kreisgruppe gemeldet wurden. Zusammenestellt von Angelika Burckhardt

